

Ein Eklat, kein Skandal...

Einige Berliner Medien haben mal wieder ganze Arbeit geleistet. Bevor noch alle Einzelheiten und Hintergründe bekannt sind, wurde ein Vorgang zum Skandal aufgebläht, der diesen Begriff nicht wert ist. Den Eklat, wie die Berliner Zeitung heute den Vorgang um das Integrationskonzept von McKinsey nennt, haben vor allem die am selbst herbeigeschriebenen Chaos Gefallen findenden Medien verursacht.

„Einen Teil der Verantwortung für diese Peinlichkeit“, allerdings, so die Berliner Zeitung, „tragen die Koalition und die Senatskanzlei selbst, die es im entscheidenden Moment versäumten, die Vorwürfe aufzuklären. Ein Teil der Verantwortung tragen auch einzelne Medien, die unbelegte Behauptungen als Tatsachen verbreiteten und den bestens versorgten Juristen Diwell als Versorgungsfall darstellten.“

Der Vorwurf, der erhoben wird, ist, dass die Senatskanzlei Lutz Diwell, früherer Staatssekretär in Berlin und verschiedenen Bundesministerien, „zu einem lukrativen Auftrag verholfen“ haben. „Diwell ist seit Januar, nachdem er in Flüchtlingsfragen schon länger Kontakt zur Senatskanzlei hatte, für die Beratungsfirma McKinsey tätig. Das Unternehmen half dem Senat, sein kürzlich vorgelegtes Integrationskonzept zu erarbeiten.“

Durch die aufgeregte Berichterstattung hat McKinsey Konsequenzen gezogen. „Am Freitag kündigte McKinsey seine Verträge mit dem Land Berlin und zieht nun die Berater aus dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) ab, die dort kostenlos tätig waren. Das Management will Schaden vom Unternehmen abwenden.“

Es ist nicht unüblich, dass Beratungsfirmen Behörden kostenlose Unterstützung anbieten. Auch nicht ganz selbstlos, weil man dadurch an Informationen gelangt, die später bei Folgeaufträgen von Nutzen sein könnten. McKinsey hat in der Flüchtlingskrise mehrere Bundesländer und auch den Bund unterstützt, es geht also nicht um ein Alleinstellungsmerkmal Berlins.

Der Zustrom von Flüchtlingen, der in diesem Maße nicht vorhersehbar war, erforderte schnelles Handeln. Warum dauert es so lange, bis dies und das passiert, waren häufige Fragen der Medien. Und wenn die Verwaltung quasi durch Zuruf Aufträge vergibt, um die Flüchtlinge unterzubringen oder

organisatorische Verbesserungen zu erzielen, wird auch das kritisiert. Es ist eine Situation, in der man eigentlich nur verlieren kann.

„Laut Vergaberecht ist es möglich“, schreibt die Berliner Zeitung, „Aufträge bis zu 240.000 Euro ohne Ausschreibung zu vergeben, wenn nur ein Unternehmen über die nötigen Kompetenzen verfügt. McKinsey bekam den Zuschlag – für 238.000 Euro brutto.“ Die Grüne Abgeordnete Nicole Ludwig lässt das Zeitargument nicht gelten. „Eine beschränkte Ausschreibung lässt sich schnell durchführen, und ein Integrationsplan muss ja nicht in 24 Stunden fertig sein“, sagte sie der Berliner Zeitung. Ach Nein? Plötzlich spielt Zeit keine Rolle?

Der Gesamtvorgang hängt sich aber weniger an McKinsey als vielmehr an Lutz Diwell auf, dessen größter Fehler es ist, Mitglied der SPD zu sein. Aufgrund seiner bisherigen Tätigkeiten verfügt Diwell über „profunde Verwaltungskennnisse.“ Ja, es ist durchaus möglich, dass ein SPD-Mitglied auch Kompetenzen haben kann. Und diese wollte man sich im Senat nutzbar machen. Seit seinem Ausscheiden aus der Politik 2009 ist Diwell als Anwalt und Berater tätig. Er war als Flüchtlingskoordinator im Gespräch, woraus nichts wurde, weil er nicht Vollzeit zur Verfügung gestanden habe, schreibt die Berliner Zeitung. Die Aufgabe wurde, wie bekannt, auf den früheren Polizeipräsidenten Dieter Glietsch übertragen, der im Range eines Staatssekretärs in der Senatskanzlei tätig ist.

Woran sich die Gemüter der Kleingeister unserer Neidgesellschaft besonders erhitzen, ist die Vergütung. „Nach Angaben aus zuverlässiger Quelle bekam Diwell für seine Tätigkeit, die über dreißig Arbeitstage umfasste, 33.750 Euro. Daraus ergibt sich ein Stundensatz von 140 Euro. Für einen Anwalt ist das ein durchschnittliches Salär und für einen Unternehmensberater wenig“, schreibt die Berliner Zeitung.

„Was also bleibt von der angeblichen Filzaffäre um die Beschäftigung von Diwell?“, fragt die Berliner Zeitung. „Nicht viel, außer beachtlichem Flurschaden. McKinsey sieht sein Ansehen beschädigt und zieht die Mitarbeiter zurück, die bislang ohne Honorar halfen, das Chaos bei der Flüchtlingsaufnahme am Lageso zu bewältigen. Ihre Arbeit schätzte Sozialsenator Mario Czaja (CDU) so sehr, dass er einen McKinsey-Berater an die Spitze des Lageso setzte. In Zukunft dürften beim Senat weniger Unterstützungsangebote eingehen.“